

Leitantrag für den SHR am 22.10

1 Für eine sichere Rente und einen gerechten Generationenvertrag

2 Das deutsche Rentensystem ist in seiner aktuellen Form nicht mehr zukunftsfähig. Das wird anhand
3 von Daten der Deutschen Rentenversicherung deutlich. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner und
4 Pensionäre wächst deutlich stärker als die der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Während in
5 den vergangenen 30 Jahren die Zahl der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler um etwa 20 Prozent
6 gestiegen ist, ist die Zahl der Rentner in dieser Zeit um 55 Prozent gestiegen. Anfang der Sechziger
7 kamen auf einen Rentenempfänger sechs Beitragszahler/innen, heute sind es nur noch 1,8. Zusätzlich
8 steigt mit zunehmenden Lebenserwartungen auch der Zeitraum, in welchem Rentenauszahlungen
9 erfolgen. Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer hat sich seit den Sechzigern mehr als verdoppelt.

10 Eine Umkehr der demographischen Trends ist nicht in Sicht. Mit dem kommenden Renteneintritt der
11 sogenannten Babyboomer setzt er sich sogar verstärkt fort. Es gibt Prognosen, laut denen im Jahr 2050
12 nur noch 1,3 Beitragszahler auf jeden Empfänger oder jeder Empfängerin kommen könnten.
13 Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass in Deutschland immer weniger Erwerbstätige
14 immer mehr älter werdenden Menschen die Rente finanzieren müssen.

15 Folgen einer solchen Entwicklung sind das Versagen der Tragfähigkeit des Rentensystems und damit
16 die steigende Gefahr von Altersarmut. Mit der Grundrente wird zwar dem Symptom der Altersarmut
17 entgegengewirkt, das systematische Problem wird dadurch allerdings nicht adressiert. Hierfür muss
18 die Rente selbst reformiert werden. Alternativ wäre eine Umkehr des demographischen Trends
19 herbeizuführen. Bis jedoch einer dieser Punkte erreicht ist, müssen Entscheidungen zur Abmilderung
20 der Problematik und zur Sicherstellung eines angemessenen Rentenniveaus getroffen werden.

21 Notwendige Reformen einleiten

22 Im aktuellen System gibt es hauptsächlich vier verschiedene direkte Handlungsmöglichkeiten, um eine
23 Stabilisierung der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu erreichen:

24 Mit der Anhebung des Bundeszuschusses, der Erhöhung der Rentenbeiträge, der Anhebung des
25 Renteneintrittsalters und der Senkung des Rentenniveaus.

26 Die Senkung des Rentenniveaus ist die einzige Stellschraube, die nicht zu einer direkten
27 Mehrbelastung der Arbeitnehmer führen würde. Vor dem Hintergrund der akuten Altersarmut hält
28 die Junge Union Schleswig-Holstein diese Maßnahme allerdings nicht für geeignet. Die Rot-Grüne
29 Bundesregierung hatte 2004 beschlossen, das Niveau bis 2030 abzusenken, was 2018 von der

30 Großen Koalition durch eine Haltelinie zumindest bis 2025 ausgesetzt wurde. Da schon jetzt Fälle
31 auftreten, in denen die Rente bei steigenden Preisen nicht mehr reicht, ist eine Anpassung an dieser

Leitantrag für den SHR am 22.10

32 Stelle keine echte Option. Sowohl die Erhöhung der Rentenbeiträge für Arbeitnehmer als auch eine
33 weitere Erhöhung der Haushaltsmittel zur Bezuschussung stellen direkt oder indirekt zusätzliche
34 Belastungen für die arbeitende Bevölkerung dar und dürfen nicht das Ziel sein.

35 Eine bereits viel diskutierte Forderung ist die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Aus unserer Sicht
36 kann die gesetzliche Rentenversicherung auf Dauer nicht unabhängig von den Lebensläufen der
37 Bürger betrieben werden. Deswegen sollte eine Kopplung der Lebensarbeitszeit an die
38 durchschnittliche Lebenserwartung eingeführt werden. Hierbei ist uns wichtig, dass unterschiedliche
39 Beanspruchungen im Arbeitsleben berücksichtigt werden. Deswegen fordern wir als Junge Union
40 Schleswig-Holstein, dass ein neues Rentensystem differenziert ist und an dieser Stelle Unterschiede
41 macht, um niemanden in Erwerbsminderungsrenten und gegebenenfalls Altersarmut zu zwingen. Eine
42 Umsetzung könnte, ähnlich wie bei Berufskrankheiten, über eine Liste von körperlich belastenden
43 Berufen erfolgen. Der Arbeitgeber soll dann mit der monatlichen Lohnzahlung nach dieser Liste
44 entsprechend die Tätigkeit digital an die Deutsche Rentenversicherung übermitteln. Wobei es durch
45 den Gesetzgeber in Zusammenarbeit mit Experten auch für die körperlich arbeitenden Berufe ein
46 Mindestalter bzw. Beitragsjahre für den Renteneintritt geben soll.

47 Losgelöst davon sollte es sich lohnen, bis zum gesetzlichen Renteneintritt zu arbeiten. Dabei ist auch
48 zu beachten, dass das reale Renteneintrittsalter im Durchschnitt immer ein Stück unter dem
49 gesetzlichen Eintrittsalter liegt. Das liegt an den unterschiedlichen Möglichkeiten der Frühverrentung,
50 die von vielen Arbeitnehmern genutzt werden. Die Deutschen gehen derzeit mit 63,1 Jahren und somit
51 deutlich früher als gesetzlich geregelt in Rente. Ein ähnliches Verhalten wäre auch bei einer Anhebung
52 des Eintrittsalters zu erwarten. Eine Anpassung der Abschläge bei früherem Renteneintritt wäre daher
53 sinnvoll.

54 Darum fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 55 ● Eine nach der körperlichen und psychische Belastung nach berufsgruppen differenzierten
56 Kopplung im Beruf differenzierte Kopplung des gesetzlichen Renteneintrittsalters und der
57 Mindestbeitragsjahre
- 58 ● Höhere prozentuale Abzüge von Zahlungen bei einem freiwilligen früheren Renteneinstieg

59

60 **Demographischen Trends entgegenwirken**

61 Hauptgrund der Schieflage des Rentensystems ist der demographische Wandel. Langfristig sind daher
62 Wege zu finden, um der derzeitigen demographischen Entwicklung entgegenzusteuern. Das

Leitantrag für den SHR am 22.10

63 Fundament unserer Gesellschaft ist die Familie als das verlässlichste soziale Netz. Eine Familie zu
64 gründen, soll in unserem Land so attraktiv wie möglich sein und etwaige Hürden müssen reduziert
65 werden. Das betrifft zunächst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sichergestellt werden muss.
66 Wir brauchen eine echte Entscheidungsfreiheit in der Frage der Familiengründung. Der Kinderwunsch
67 darf keine Entscheidung gegen einen erfolgreichen Berufsweg und einen sicheren Lebensabend
68 bedeuten.

69 Um das zu erreichen, sollte es eine bessere Anerkennung von Erziehungsleistungen in der gesetzlichen
70 Rentenversicherung geben. Ein Weg dafür wäre aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein
71 weitere Erleichterungen für Familien mit Kindern. Des Weiteren muss der Wiedereinstieg von Eltern
72 in das Berufsleben möglichst niedrigschwellig sein. Die rechtlichen Grundlagen lassen schon viele
73 flexible Modelle zu, aber sperrige Verwaltungswege machen es den Betrieben schwer, diese auch
74 ihren Angestellten zugänglich zu machen. Damit die Möglichkeiten auch in der Praxis mehr genutzt
75 werden, ist der Bürokratieabbau an dieser Stelle unabdingbar. Deshalb ist auch die Umsetzung des
76 EuGH-Urteils zur Arbeitszeiterfassung kritisch zu begleiten.

77 Generell wäre es begrüßenswert, wenn Bemühungen wie „Returnships“ oder andere Programme zur
78 Wiedereinführung in das Berufsleben für Unternehmen attraktiver gestaltet werden. Hierfür sollten
79 von den Betrieben ergriffene Maßnahmen wie Vernetzungstreffen oder Coachings steuerlich geltend
80 gemacht werden können.

81 Letztendlich ist die Frage der Familiengründung aber auch immer eine finanzielle Frage. Die
82 zusätzlichen Ausgaben für Wohnraum, Versorgung und Bildung eines Kindes sind nicht zu
83 vernachlässigen. Paare, die bereits einen Großteil ihres Einkommens für den Lebensunterhalt
84 aufwenden müssen, müssen dies bei der Familiengründung berücksichtigen. Mit den aktuellen
85 Preisentwicklung betrifft das eine deutlich größere Gruppe als bisher. Um auch den kommenden
86 Elterngenerationen eine Chance zu geben, muss die Politik die passenden Rahmenbedingungen
87 sicherstellen und Entlastungen für Eltern schaffen, wie zum Beispiel Steuerminderungen, bemessen
88 nach Anzahl der Kinder.

89 Ein weiterer Baustein für eine Stabilisierung der Demographie und somit der Rente ist die
90 Zuwanderung. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) hat bereits einen Grundstein für mehr
91 qualifizierte Einwanderer in Deutschland gelegt. An vielen Stellen gibt es allerdings noch
92 Nachbesserungsbedarf. Gerade bei der Anerkennung von beruflichen Ausbildungen gibt es in der
93 Praxis noch zu häufig Probleme, da die duale Ausbildung Deutschlands einzigartig ist. Außerdem sind
94 die Prüfverfahren teilweise sehr umständlich und beanspruchen viel Zeit, in der sich Bewerber auch

Leitantrag für den SHR am 22.10

95 anderweitig entscheiden können. Abhilfe könnte in beiden Aspekten ein Punktesystem, wie sie
96 beispielsweise in Kanada oder Australien genutzt werden, schaffen.

97 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 98 ● Eine Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nach kanadischem oder australischem
99 Vorbild
- 100 ● Die Überführung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting
- 101 ● Eine finanzielle Förderung für Berufswiedereinstiegsprogramme nach der Elternzeit
- 102 ● Mehr Anerkennung von Erziehungsleistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und
103 den berufsständigen Versorgungswerken durch Ausweitung des Rentensplittings in der Ehe
- 104 ● Entbürokratisierung von flexiblen Arbeitszeitmodellen

105 **Systematische Reformen für eine bessere Rente**

106 Um eine langfristige Gesundheit des Rentensystems zu gewährleisten und weniger anfällig für
107 demographische Entwicklungen zu sein, müssen neue Wege gegangen werden. Wie es gehen kann,
108 zeigen unsere europäischen Nachbarländer. Nach dem Mercer Global Pension Index sind
109 insbesondere die Niederlande und Dänemark gut auf die Herausforderungen durch älter werdende
110 Gesellschaften eingestellt. Während wir ein Rentensystem nicht eins zu eins von einem Staat auf den
111 anderen übertragen können oder wollen, sollten uns Teilaspekte ein Vorbild sein. Als Junge Union
112 Schleswig-Holstein schlagen wir deshalb vor, einige Mechanismen auch in Deutschland zur
113 Anwendung zu bringen.

114 Zum einen sind freiwillige Einzahlungen in private Altersvorsorgen in Dänemark in einem gewissen
115 Rahmen mit Steuervorteilen verbunden. Das stellt einen sinnvollen Anreiz dar, neben den gesetzlichen
116 Vorgaben, auch selbst für den Ruhestand vorzusorgen. Wir ziehen diese Form des Anreizes außerdem
117 einer Verpflichtung vor. Dabei sollten langfristige Anlagen zusätzlich unterstützt werden, um den
118 Vorsorgecharakter zu unterstreichen. Ein geeigneter Weg dafür wären Erlasse der Besteuerung der
119 Erträge aus diesen Anlagen, sofern diese in der privaten Vorsorge verbleiben. Logischerweise
120 profitieren davon Bürger, die sich die zusätzlichen Einzahlungen auch leisten können.

121 Deswegen gibt es auch im Bereich der gesetzlichen Vorsorge Handlungsbedarf. Grundproblem bleibt
122 dabei die Finanzierbarkeit. Um den Bundeshaushalt nicht noch weiter zu belasten, sollte ein Teil der
123 Rente durch kapitalmarktgebundene Elemente abgedeckt werden. Die Junge Union Schleswig-
124 Holstein spricht sich dafür aus, die Rentenbeiträge aufzuteilen. Ein Teil soll dann in die gesetzliche
125 Rente fließen, der andere in Anlagen am Kapitalmarkt. Hierbei sollte dem Einzahler eine
126 Entscheidungsfreiheit über die Anlage erhalten bleiben. Durch die zusätzlichen Erträge aus den

Leitantrag für den SHR am 22.10

127 Anlagen kann die gesetzliche Rente ergänzt und eine auskömmlicher Ertrag gesichert werden, der den
128 Bundeshaushalt nicht zusätzlich belastet. Die Möglichkeit der betrieblichen Altersvorsorge soll
129 weiterhin bestehen und ebenfalls anteilig die beiden Bestandteile der Rente eingezahlt werden. Über
130 den Abschluss einer solchen betrieblichen Altersvorsorge sollte erstmals bei Berufseinstieg
131 ausreichend informiert werden.

132 Eine weitere Stütze im Rentensystem könnte durch die rentenbezogenen Sozialversicherungen der
133 Jobs auf geringfügiger Basis entstehen (520 €). Diese sind aktuell nicht zwingend
134 sozialversicherungspflichtig und können auf freiwilliger Basis eingezahlt werden. Vor allem nutzen
135 aber Studenten und Menschen mit geringem Einkommen dies, um ihr monatliches Einkommen zu
136 steigern. Hier könnten durch eine gesetzliche Verpflichtung zur rentenbezogenen Sozialversicherung
137 zusätzliche Beitragsjahre sichergestellt und zumindest geringe Summen angespart werden.

138 Eine weitere Herausforderung für das Rentensystem ist der Niedriglohnsektor in der Arbeitswelt.
139 Durch den niedrigen Lohn wird weniger in die Rentenkasse eingezahlt. Zudem ist es als Arbeitnehmer
140 im Niedriglohnsektor kaum möglich, private Rücklagen zu bilden und dadurch Geld für die Rente privat
141 anzusparen oder anzulegen. Es kommt somit zur Bedrohung von Altersarmut. Dies zeigt keine
142 Wertschätzung gegenüber den Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Es sollte das Ziel sein,
143 dass eine Vollzeittätigkeit auch im Niedriglohnsektor eine auskömmliche Rente sichern kann. Dafür
144 sollte der Zugang zur Grundrente vereinfacht werden.

145 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 146 ● Weitere Absetzungsmöglichkeiten für Einzahlungen in private Altersvorsorgen
- 147 ● Anreiz für langfristige Geldanlagen in der privaten Altersvorsorge, beispielsweise durch
148 steuerliche Erlässe auf Erträge innerhalb dieser Anlagen
- 149 ● Eine Neuordnung des Rentensystems durch Hinzunahme von kapitalmarktgebundenen
150 Bestandteilen
- 151 ● Den Erhalt und wo notwendig die Angleichung der betrieblichen Altersvorsorge an diese
152 Systematik
- 153 ● Verpflichtung zur rentenbezogenen Sozialversicherung für Jobs auf geringfügiger Basis, wenn
154 gerade kein anderer sozialversicherungspflichtiger Job vorliegt.
- 155 ● Eine Ausweitung des Modells der Altersteilzeit, um den Übergang des Arbeitslebens in das
156 Seniorenleben flüssiger zu gestalten.

157

158

Leitantrag für den SHR am 22.10

159 Faire Verrentung: Im Falle der Erwerbsminderung und für Schwerbehinderte

160 Die Erwerbsminderungsrente kommt dann zum Zug, wenn man frühzeitig erkrankt und aufgrund
161 dieser Erkrankung nicht mehr arbeiten kann. Für die Qualifikation benötigt es eine bestimmte Anzahl
162 an Beitragsjahren und das Erreichen einer eingezahlten Summe. Dabei ist das entscheidende, dass
163 zuerst Rehabilitationsmaßnahmen ergriffen werden und die Erwerbsminderungsrente das letzte
164 Mittel ist. Die Junge Union Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass dies beibehalten wird.

165 In den letzten 20 Jahren kam es zum Anstieg von 42 Prozent der Anträge auf Erwerbsminderungsrente
166 aufgrund psychischer Erkrankungen. Dies zeigt die Bedeutung einer gesunde Psyche für eine
167 andauernde Berufstätigkeit. Inzwischen hat die Rentenversicherung darauf reagiert und ihre
168 Rehabilitationsangebote für psychisch Erkrankte ausgeweitet. Dies kann eine Chronifizierung der
169 Erkrankung verhindern und somit das frühzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verhindern.
170 Jedoch sollte vor allem auch das Angebot von Präventionsmaßnahmen ausgeweitet und bekannter
171 gemacht werden, um die Rehabilitationsmaßnahmen gar nicht erst notwendig zu machen.

172 Aktuell können Menschen in Deutschland früher in Rente gehen, wenn sie schwerbehindert sind. In
173 Deutschland gibt es 7,8 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung, wobei 24,7 Prozent davon unter
174 64 Jahren alt sind. Dabei wird allerdings nicht unterschieden, ob ein Mensch bei der Beantragung des
175 früheren Eintritts in die Rente erst 1 Jahr oder wenige Monate offiziell schwerbehindert ist oder ob
176 jemand bereits seit 40 Jahren mit Schwerbehinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeitet. Dies
177 zeigt, dass dort noch Nachholbedarf ist, denn arbeiten mit einer Schwerbehinderung ist sowohl
178 körperlich, psychisch, zeitlich als auch organisatorisch eine Mehrbelastung.

179 Deswegen fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 180 ● Eine Staffelung bei dem früheren Renteneintritt bzgl. der Dauer der Schwerbehinderung und
181 der Arbeitsdauer.
- 182 ● Die Beibehaltung der Erwerbsminderungsrente als letztes Mittel nach vorherigen
183 Rehabilitationsversuchen
- 184 ● Eine Ausweitung von Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen für psychische
185 Erkrankungen, um ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern

186 Für den Erhalt der Hinterbliebenenrente in seiner jetzigen Form

187 Die Hinterbliebenenrente ist für Witwen, Witwer sowie Halbweisen und Waisen. Bei den Witwern und
188 Witwen erhalten aktuell nur Eheleute und eingetragene Lebenspartner diese Rentenart. Dies soll trotz

Leitantrag für den SHR am 22.10

189 der gesellschaftlichen Tendenz, von einer Heirat abzusehen, beibehalten werden. Wir als Junge Union
190 Schleswig-Holstein sehen die Ehe als schützenswerte Institution an. Deswegen halten wir auch an
191 dieser Form der Hinterbliebenenrente fest und wollen, dass diese weiterhin nur für Verheiratete sowie
192 Halbweisen und Waisen ausgezahlt wird.

193 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 194 ● den Erhalt des Anspruchs Hinterbliebenenrente lediglich für Eheleute, Halbweisen und
195 Waisen.